

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zum Haushalt 2020 Nordwalde

Sehr geehrte Frau Schemmann, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns bei der Verwaltung und insbesondere dem Kämmerer für die Aufstellung des Haushaltsplans 2020 bedanken. Wie jedes Jahr ein Riesenwerk, fast 400 Seiten stark.

Ein kurzer Rückblick sei erlaubt: Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 ist mehr als erfreulich. Statt eines geplanten Jahresergebnisses von minus 38 T€ haben wir mit einem Plus von 970 T€ abgeschlossen. Sehr schön, könnte man denken. Schaut man sich die Zahlen etwas genauer an, kommt man allerdings ins Grübeln:

Es gibt da Ergebnispositionen, die sich weitgehend unserem Einfluss entziehen, wie Gewerbesteuern, Anteile an den Gemeinschaftssteuern, Zuwendungen und Transferaufwendungen usw. - Diese Positionen sind deutlich über den ursprünglichen Ansätzen und tragen mit ca. 1,8 Millionen zu dem positiven Ergebnis bei.

Dann gibt es da Positionen, die wir direkt steuern und relativ genau planen können: Personalaufwendungen, Abschreibungen, Sach- und Dienstleistungen usw. - Bei diesen Positionen haben wir über 800 T€ mehr ausgegeben, als wir ursprünglich geplant hatten. Hier, bei diesen eigentlich gut planbaren Ausgaben, sind wir ebenfalls deutlich über den Ansätzen. Da müssen wir deutlich besser werden.

Der Haushalt 2020 ist so aufgestellt, dass er mit einem positiven Planergebnis von ca. 220 T€ schließt. Schön! Wir kommen somit also raus aus der Haushaltssicherung. Noch schöner. Insbesondere in einem Wahljahr weist man ja gerne darauf hin, dass man die Gemeinde durch umsichtige Planung aus der Haushaltssicherung geführt hat.

Ein Punkt im Haushaltsentwurf hat allerdings unsere besondere Aufmerksamkeit gefunden. Es geht um den „Unterhalt des Vermögens“. Also um das Geld, das dafür einplant wird, unsere Gebäude und sonstige Vermögensgegenstände in einem guten Zustand zu erhalten. Reparaturen und Ersatzinvestitionen, Anstriche etc.: All das kostet. Um Reparaturstau, wie beim Rathaus, oder gar Bauфälligkeit, wie beispielsweise beim Heimatmuseum, vorzubeugen, ist es unerlässlich, rechtzeitig und dauerhaft das Vermögen zu pflegen.

Ein Richtwert, wie viel Geld für diese Pflege eingeplant werden sollte, ist die jährliche Abschreibung.

Nun steht im Haushaltsentwurf folgender Hinweis (Zitat): „Die veranschlagten Aufwendungen liegen, mit Blick auf die bilanziellen Abschreibungen im Bereich der Gebäude- und Infrastruktureinrichtungen, **deutlich** unter den für eine substanzerhaltende Unterhaltungstätigkeit erforderlichen Aufwendungen“. (Zitat Ende)

Mit Verabschiedung dieses Haushaltes konstatieren wir also, dass wir unser Vermögen nicht ordentlich unterhalten und stattdessen von der Substanz leben. Lt.

Aussage des Kämmerers müsste übrigens für den Haushalt 2020 ein zusätzlicher Betrag von ca. 720 T€ eingeplant werden, um dies auszugleichen.

Natürlich kann man Unterhaltungsaufwendungen mal auf das nächste oder auch das übernächste Jahr schieben, wenn gerade kein Geld dafür da ist. Aber irgendwann rächt sich das; irgendwann müssen die notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen gemacht werden. Im Energieberatungsbericht zur KvG und des Schwimmbades wurde deutlich, dass es viele Maßnahmen gibt, die längst überfällig wären. Und hier ging es nur um einen Gebäudekomplex und nur um das Thema Energie. Schönheitsreparaturen etc. wurden gar nicht betrachtet.

Unterhaltungsaufwendungen kann man mal schieben, wenn kein Geld da ist. Keine Frage, das macht wohl jeder. Wir haben nun aber nachgeschaut und festgestellt, dass seit mindestens 2013 der vorgenannten Hinweis im Haushalt steht. Dass wir also seit mindestens 2013 zu wenig Geld in die Unterhaltung des Vermögens stecken und somit von der Substanz leben. Unterstellt, die Unterhaltungsaufwendungen sollten in Höhe der Abschreibung liegen und angenommen, das Delta beträgt durchschnittlich 500 T€ pro Jahr, haben wir im Betrachtungszeitraum von 2013 bis 2020 etwa 4 Millionen Euro zu wenig für den Unterhalt unseres Vermögens ausgegeben. Wir sparen uns auf diese Weise kaputt. Aus unserer Sicht sollte hier unbedingt und umgehend eine Kehrtwende eingeleitet und mehr Geld für die Unterhaltungsaufwendungen verplant werden. Zukünftige Generationen (und Haushalte) werden es uns danken.

Dazu noch: Dass auch für die Unterhaltung unserer Spielplätze deutlich weniger Geld eingeplant werden soll, ist angesichts des Engagements des Fördervereins Nordwalder Spielplätze schon ein wenig schofel. Der Förderverein sammelt Spenden, um die Spielplätze auszustatten, und wir fahren das Budget runter...

Bei dieser Gelegenheit möchten wir uns bei allen, die ehrenamtlich in der und für die Gemeinde tätig sind, für die geleistete Arbeit bedanken. Der Förderverein Nordwalder Spielplätze sei hier nur stellvertretend für die vielen anderen Vereine und Gemeinschaften genannt.

Rathaus: Ich hoffe, dass es uns irgendwann erspart bleibt, dieses Thema jedes Jahr auf der Agenda zu haben. Ich befürchte allerdings, dass es uns noch einige Zeit erhalten bleibt.

Die geplanten und bereits ausgegebenen Gesamtkosten für den Rathausneubau betragen über 10 Millionen Euro. Vorübergehende Unterbringung der Verwaltung, neue Einrichtung, Neugestaltung Amillyplatz und Rathausvorplatz etc. eingeschlossen. Mehr als 1000 Euro pro Einwohner. Ein neues Rathaus in Berlin würde demzufolge über 3,6 Milliarden, ein neuer Bundestag mehr als 83 Milliarden Euro kosten. Wie groß wäre wohl die Aufregung?

Ende September hat der Rat über das neue Vergabeverfahren entschieden. Wir Grüne haben dagegen gestimmt, weil es aus unserer Sicht noch erheblichen Klärungsbedarf gibt. Wir wollten erst die tatsächlich benötigten Räume, Raumgrößen etc. festlegt und die Leistungsbeschreibung angepasst wissen. Nach der

vorgestellten Planung sollte es ungefähr 8 Monate dauern, bis der Ausschreibungsprozess mit einem Zuschlag beendet werden kann. Dies wäre, ein Start im September 2019 vorausgesetzt, dann etwa Juni 2020.

Mittlerweile gibt es die Erkenntnis, dass das Vergabeverfahren nicht mehr wie im September beschlossen als Gesamtvergabe aller Planungsleistungen durchgeführt werden soll. Außerdem wäre es wohl sinnvoll, erst das Leistungsvolumen und die Anforderungen an die Planer zu präzisieren, bevor ausgeschrieben werden kann. Nach aktueller Planung wäre es dann wohl möglich, die Ausschreibung Ende des ersten Quartals 2020 zu starten.

Die Planung ist damit bereits jetzt fünf bis sechs Monate im Verzug. Ein Zuschlag für die Planungsleistung wird somit nicht wie geplant im Juni 2020 stattfinden können, sondern mit gleicher Verzögerung. Also eher im vierten Quartal 2020 oder später.

Was bedeutet das für die Förderzusage? Wird der Förderzeitraum verlängert? Besteht das Risiko, die Förderung zu verlieren und die bereits ausgezahlten Förderbeiträge zurückzahlen zu müssen? Führen wir uns vor Augen, dass wir auch im von der Vergabekammer bemängelten Verfahren eigentlich jedes Risiko, und sein es auch nur ein „Restrisiko“, voll ausgeschöpft haben. Wird das gutgehen?

Wir werden sehen.

Überhaupt: Die bemängelte Planung! Wie gehen wir jetzt damit um? Das niemand schuld sein will, haben wir ja oft genug gehört. So einen richtigen Aufklärungswillen konnten wir bislang auch noch nicht feststellen. Aber vielleicht kommt das ja noch?

Doch was machen wir jetzt mit den bislang angefallenen Kosten? Mindestens 650 T€ für Planungen, Beratungsleistungen und sonstige Aufwendungen, die größtenteils verloren sind. Um es in das richtige Licht zu rücken: ca. 65 Euro pro Einwohner wurden in den Sand gesetzt. Herr Scheuer hat sich für vielleicht 3 – 5 Euro pro Einwohner, so genau weiß man das ja noch nicht, einen Untersuchungsausschuss eingehandelt.

Wie gehen wir mit diesen Kosten also um? Wenn wir die Pläne der Verwaltung richtig verstanden haben, sollten diese Kosten zunächst auf der Position „Neubau Rathaus“ stehen bleiben und **nach** Fertigstellung des Rathauses, also 2023 oder später, würde man dann klären wollen, wie dies letztlich buchhalterisch behandelt werden kann. Entweder man lässt die Kosten dann einfach stehen und schreibt sie auf 50 Jahre ab oder man schreibt sie vielleicht **dann** auch gleich ab. Auf alle Fälle soll das Problem erst einmal weit in die Zukunft geschoben werden. Unseres Erachtens sind die Kosten aber in 2019, dem Jahr des Rathausdesasters, angefallen und müssen ergebniswirksam in diesem Haushalt verbucht werden. Das Jahresergebnis dürfte sich demzufolge verschlechtern, was natürlich Auswirkungen auf Rücklagen etc. hat. Welche Effekte das auf das Thema „Haushaltssicherung“ hat, wird sich dann zeigen. Dennoch ist es die richtige Lösung, **jetzt** für Klärung und Klarheit zu sorgen und das Thema nicht zu vertagen. Zukünftige Haushalte dürfen nicht mit den Folgen dieser gescheiterten Planung belastet werden. Die Verwaltung hat zwar zugesagt, diesen Punkt mit den Wirtschaftsprüfern zu beraten. Allerdings würde das Ergebnis dieser Beratungen erst nach der Kommunalwahl feststehen, was wir im Hinblick auf die

notwendige Wählerinformation und die Bildung des Wählerwillens für deutlich zu spät halten.

Die vorgenannten Punkte sind die wesentlichen Gründe, warum wir als Bündnis 90 / Die Grünen diesem Haushalt nicht zustimmen können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und kommen Sie gut ins neue Jahr.